

(es gilt das gesprochene Wort)

## **Reichtum umverteilen - Steuerpolitik**

1. Fast noch wichtiger als inhaltliche Konzepte sind Kenntnisse und Argumente für die Diskussion, um andere Konzepte und Behauptungen beantworten zu können.
2. Jährliche „Steuerrekorde“ sind ganz normal, ebenso jährliche „Lohnrekorde“. Trotz guter Steuereinnahmen und Überschüssen gibt es weiterhin erhebliche Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte. Einnahmen und Ausgaben müssen in Relation zu Wirtschaftsleistung bzw. Nationaleinkommen betrachtet werden. Es zeigt sich starker Rückgang und Abbau von öffentlichen Leistungen und Personal seit 2000. 2015/16 Mehrausgaben durch Flüchtlinge. Überschüsse durch mehr Beschäftigung und weniger Arbeitsmarktausgaben und Verzicht auf Steuersenkungen. Unterschiedliche Lage der Länder und v.a. Kommunen. Schuldenbremse zwingt zu Ausgabenbegrenzung und führt gesamtstaatlich zu Überschüssen. Das ist finanzpolitisch insb. wegen niedriger Zinsen und wirtschaftspolitisch wegen Nachfragebeschränkung und Leistungsbilanzüberschüssen irre.
3. Es gibt hohe Finanzbedarfe, es sind in vielen Bereichen Mehrausgaben erforderlich, in der Summe etwa 100 Mrd. Euro jährlich. Deshalb muss ein Kernpunkt sozialer Steuerpolitik sein, gegen Steuergeschenke und für Mehreinnahmen einzutreten.
4. Die Steuerbelastung der Einkommen in Deutschland ist insgesamt nicht zu hoch. Der Spitzensteuersatz darf nicht mit der Gesamtbelastung (Durchschnittssteuersatz) verwechselt werden: wer mit 56.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen den Spitzensteuersatz von 42 Prozent zahlt, zahlt auf sein zu versteuerndes Einkommen nur 27 Prozent Steuern. Das zu versteuernde Einkommen von Beschäftigten ist zudem durch Abzug von Werbungskosten, Vorsorgeaufwand und Sonderausgaben meist knapp 20% niedriger als der Bruttoverdienst. Das Bruttoeinkommen läge hier also bei etwa 66.500 Euro im Jahr, und darauf bezogen die Steuerbelastung nur bei 23 Prozent. Bei Eltern sind Kindergeld und Ausbildungsfreibeträge gegenzurechnen. Und dann müssen letztlich die öffentlichen Leistungen und Sozialansprüche müssen gegengerechnet werden. Ein Problem ist die steuerliche Privilegierung der Ehe durch das Splitting, unabhängig von Kindern, die v.a. Paare mit einem hohen und einem niedrigeren Einkommen begünstigt.
5. Das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland ist weit weniger progressiv als oft behauptet und gemeinhin angenommen wird. Behauptungen „Die Einkommensstärksten 10% zahlen weit über 50% der Steuern“ beziehen sich nur auf die Einkommensteuer, außerdem beziehen diese auch über ein Drittel aller Einkommen. Regressive indirekte Steuern gleichen progressive Einkommensteuern fast aus, Sozialbeiträge wirken im oberen Bereich degressiv (v.a. Krankenversicherung), sind aber auch gesondert zu betrachten (v.a. Rente). Wenn man das alles einbezieht ist die Abgabenbelastung fast proportional. (In der DIW-Studie, die der Grafik zugrundeliegt, sind bei den Sozialbeiträgen auch die Arbeitgeberbeiträge enthalten, deshalb sind die hoch. Bei den Bruttoeinkommen sind diese auch addiert, ebenso empfangene Transferleis-

tungen und Nettomietwert selbstgenutzten Wohneigentums, also nicht nur steuerpflichtige Einkommen.)

6. Die Steuerpolitik seit 2000 hat die hohen Einkommen und die Unternehmen kräftig entlastet. Davon profitierten weit überproportional Steuerpflichtige mit höheren und hohen Einkommen (auch abhängig Beschäftigte). Indirekte Steuern, insb. die Mehrwertsteuer (von 16 auf 19 Prozent) wurden erhöht und dadurch überproportional die Belastung von Haushalten mit geringeren Einkommen. Insgesamt wurde im Ergebnis die Besteuerung 1998 bis 2015 deutlich weniger progressiv.

7. Ein besonderes Problem ist die Verteilung der Vermögen, diese ist noch weitaus ungleicher als die der Einkommen und in Deutschland besonders ungleich. Bis 1996 wurde eine Vermögensteuer erhoben, seitdem nicht mehr, obwohl es möglich wäre und im GG vorgesehen. Die Erbschaftsteuer ist durch eine extreme Begünstigung der Erben von Betriebsvermögen gekennzeichnet (inkl. großer Aktienpakete, die gepoolt werden können). Durch entsprechende Gestaltungen und Schenkungen bleiben die Familien der Superreichen weitgehend von der Erbschaftsteuer verschont, über 50 Mrd. Steuerausfälle in den letzten 5 Jahren. Die vom BVerfG erzwungene Reform 2016 hat wenig geändert. Auch für die Vermögensteuer ist zentral Betriebsvermögen einzubeziehen, sonst lohnt sie nicht.

8. Es gibt weiterhin in erheblichem Umfang, wir schätzen etwa 50 Mrd. Euro jährlich, Steuerausfälle durch Steuerflucht und Steuerbetrug und einen unzureichend ausgestatteten und kooperierenden Steuervollzug. Steuerbetrug mit Dividenden (Cum-Ex und Cum-Cum) hat allein etwa 30 Mrd. Euro Ausfälle gebracht. Dazu kommt die überwiegend legale Steuervermeidung internationaler Konzerne, die Steuerwettbewerb und doppelte Nichtbesteuerung ausnutzen (u.a. Tax-Rulings). Riesige un versteuerte Vermögen von Konzernen und Superreichen sowie aus Kriminalität und Geldwäsche liegen in Steueroasen/Schattenfinanzplätzen. Auch Deutschland besteuert Kapitalerträge von Ausländern nicht.

9. In der politischen Diskussion werden zunehmend Steuersenkungen gefordert, für alle und angeblich v.a. zugunsten der niedrigeren Einkommen. Tatsächlich profitieren von Senkungen des Einkommensteuertarifs immer am meisten hohe Einkommen, wenn nicht durch höhere Sätze oben gegenfinanziert wird. Die Abschaffung des Solizuschlags wäre verteilungspolitisch besonders negativ. Die Folge wären Einnahmeausfälle von 20, 30 oder mehr Mrd. Euro im Jahr. Einkommensschwächere und Sozialleistungsbeziehende haben dagegen wenig oder nichts davon, wären aber von schlechteren öffentlichen und sozialen Leistungen und höheren Gebühren wegen der Einnahmeausfälle am stärksten betroffen.

10. Das DGB-Konzept würde dagegen insgesamt zu Mehreinnahmen führen, die für höhere öffentliche Investitionen, Dienstleistungen und soziale Leistungen auch benötigt werden. Die Einkommensteuer soll insgesamt aufkommensneutral reformiert werden. Höherer Grundfreibetrag führt zu Entlastungen für über 90 Prozent der Steuerpflichtigen. Abschaffung Abgeltungsteuer (Hier kommt drauf an es richtig zu machen, sonst kann das nach hinten losgehen und die Begünstigung von Veräußerungsgewinnen und Großanlegern wieder verstärken, Stichworte Veräußerungsfristen, Werbungskosten, Verlustverrechnungen, Teileinkünftever-

fahren.). Mobilitätsgeld 13 Cent statt Entfernungspauschale 30 Cent bringt Vorteile bei niedrigeren Einkommen, Splittingvorteil abbauen, gleiches Kindergeld statt Freibeträge, Reform der Minijobs. Vermögensteuer und Erbschaftsteuerreform. Gemeindewirtschaftsteuer und Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug. Besserer Steuervollzug. Finanztransaktionssteuer. (Die Tarifgrafik bezieht sich auf den Singletarif ohne Kinder.)

11. Umfragen zeigen mehrheitliche Zustimmung zu mehr Steuergerechtigkeit, aber die Gegenkräfte sind bisher politisch mächtiger. Die sozialen Kräfte sind gefordert, aufzuklären und aktiv zu werden und Druck zu machen für mehr Steuergerechtigkeit und die Stärkung des Sozialstaats: Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!